

beruhen werden. Sollte die Verfassungsänderung zu- kommen, so muß sich schließlich herausstellen, daß min- destens ein Teil der Bevölkerung die, als im Sinne hundertjähriger Vorgesetze vorhanden sind.

Man sieht, die Antragsteller haben sich auf einen recht mißlichen Weg begeben. Da es ihrer Agitation ver- muthlich gelingen wird, ein Heindel der hundertjährigen für die Unter- schreibung des von ihnen beantragten Volksbegehrens aufzu- bringen, wird der Reichstag ebenfalls genötigt sein, sich mit der Materie zu befassen. Das es ihnen aber alsdann gelingen könnte, mehr als die Hälfte aller hundertjährigen Bol- besagten an die Urne zu bringen, ward man billigweise be- zweifeln dürfen. Wobey nicht zu übersehen ist, daß die hundertjährigen in München erliegen ist. Diese wollten auf dem Wege der Volksabstimmung, entsprechend der bayerischen Verfassung, eine Berufung des Gemeinderats erwirken und seien täglich damit ab.

Den Gehern des hundertjährigen-Antrags bleibt die Wahl, ob sie bei der Volksabstimmung mit Nein stimmen oder zu Hause bleiben wollen. Das Zurückbleiben gilt nämlich genau so viel wie die Abgabe eines Nein-Stimmens, da die Ja- gende, wenn sie zurückbleiben wollen, früher sein müssen als die Nein-Jahrgänge und die Damenangehörigen zusammen.
Da unsere Partei ihre Anhänger mit Nein oder ganz ein- fach zum Zurückbleiben auffordern soll, ist eine Frage der Taktik. Vielleicht ist es besser, die Schwachsinnigen ganz unter sich zu lassen und sich um ihren Namen nicht zu be- kümmern. Aber dies ist eine Frage, die noch des öfteren über- hakt werden kann.

Sünf Notizen über die deutschen Leistungen.

Berlin, 1. Juni. (WZ.) Auf Grund der bisherigen Be- rechnungen zwischen dem Garantiefomitee und dem Sekretariat der deutschen Regierung hat das Gar- antiefomitee der deutschen Regierung fünf Notizen über- mittelt, in denen zu dem deutschen Vorschlag Stellung genommen wird. Die erste Note behandelt die gemeine Frage der zur Ausführung des Zahlungsplanes vom 6. Mai 1921 erforderlichen Leistungen, ihre Höhe und die einzelnen Daten der Fälligkeit im Reparationsjahr 1921 (1. Mai 1921 bis 30. März 1922) und in zukünftigen Jahren. Die von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge werden unter gewissen Vorbehalten für das laufende Jahr an- genommen. Hierbei ist in Aussicht genommen, daß unter gewissen Voraussetzungen außer der bis zum 31. Aug. zu zahlenden eine Milliarde Goldmark in dem ersten Jahr bis zum 1. Mai 1922 an Deutschen nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen nach dem Zahlungsplan zu leistenden Summen durch Sachleistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe in Entschä- digungen abgegolten werden, vorausgesetzt, daß die Sach- leistungen und die Ausfuhrabgabe den angenommenen Umfang erreicht. Im weiteren Verlaufe betont die Note die Notwendigkeit, den Kurs der Mark zu festigen und hierzu das Budget durch eine Finanzreform ins Gleichgewicht zu bringen.
Die zweite Note beschäftigt sich mit dem Begriff Ausfuhr und mit dem Erlaß der deutschen Regierung, den Ausfuhrzölle durch einen anderen Wert- maßstab zu ersetzen. Hier wird die Einführung eines Ent- schädigungssystems vorgeschlagen, welches die durch meh- rere Vorschläge der deutschen Regierung vorhergesehenen Ausfuhrabgabe von 26 Prozent befreit. Das Garantiefomitee behält sich ausdrücklich das Recht vor, die Erhebung einer Ausfuhrabgabe zum Zwecke der Devisen- beschaffung zu verlangen, wenn die anderweitige Beschaffung der Devisen zur Erfüllung der variablen Leistungen des Zahlungsplanes zu Schwierigkeiten führen sollten.
In der vierten Note wird wegen der Zölle be- merkt, daß das Garantiefomitee auf die Zollvereinigung, wie der Artikel 7 des Zahlungsplanes vorsieht, vorläufig nicht verzichten könne, trotzdem die deutsche Regierung als Ersatz das Abkommen gewisser Steuern vorgeschlagen hat. Es wird jedoch sich auf weiteres anknüpfen der vorliegenden Anfrage bei beschleunigten Verhandlungen von Zolländerungen als eine Mittelung über die notwendige Änderung verlangt. In der fünften Note werden die Maßnahmen näher aus-

einandergelegt, die das Garantiefomitee für nötig hält, um sich von der richtigen Festlegung der Ausfuhrzölle und der Annahme der Zölle aus der eine verlangten Steuern zu überzeugen. Die Verhandlungen der deutschen Kriegskommission mit dem Garantiefomitee werden, sei es in Paris, sei es in Berlin, fortgesetzt werden.

Spoeler entläßt den Selbstmörder.

Oppeln, 30. Juni. (WZ.) Der Führer des deutschen Selbstmörders General Spoeler, hat einen Auftrag erhalten, in dem es heißt: Kameraden! Der Bormatth der ältesten Truppen zur Bekämpfung unserer Heimat hat endlich be- kommen. Die Interalliierte Kommission hat endlich im letzten Tag der Verhandlungen bis zur Landbesetzung von den Intergenten zu fähren. Sie glauben unsere Mißlie- die ich ihr immer wieder angeboten habe, abzulegen zu müssen. Das Interesse unserer Heimat fordert es, daß wir uns der Interalliierten Kommission fügen. Der General spricht dann den Angehörigen des Schutzbundes seinen Dank aus für ihre restlose Mitalien und Heimatliebe, für die Kampferfolge, die sie errungen, für die Belohnung, die sie bewiesen habe. Auch den im Augenblick noch unerlösten Landbesetzern dankt der General, daß sie bis zuletzt sich in Treue zu ihrem Vaterland betonen haben. Gelingt den Millicien die Eroberung des Landes, dann sei die Aufgabe des Selbstmörders erfüllt und er werde sich wieder auflösen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen in Paris.

Paris, 30. Juni. (WZ.) Spaas meldet, daß die Unter- handlungen zwischen den französischen und den deutschen Sachverständigen in Paris fortwähren und sich in der Haupt- sache auf die Frage der Materialitäten erstrecken, die Deutsch- land an Frankreich liefern könnte, und auf deren Preis. Eine von den deutschen Delegierten getrennt überreichte Denkschrift über diese Frage ist einer längeren Beratung unter- zogen worden. Die französische Verwaltung der zerstörten Gebiete arbeitet eine Gegenentwurf aus, die heute den deutschen Sachverständigen überreicht werden soll. Der Direktor der Verwaltung der zerstörten Gebiete Brangon hat dem deutschen Vertreter Wolff mitgeteilt, zu welchen Höchst- preisen die deutschen Vorschläge für Holzajuvantlieferungen noch Aussicht auf Annahme haben würden.

Der Kampf um Smirna.

Eine Havasmeldung aus Konstantinopel bestätigt, daß die Türken die Öffnungen ergriffen haben. Auf der Front von Ismid und Bursa hätten sie einige Siege beson- gungen. Im Westen von Usak sei die dritte türkische Kavallerie verfolgt worden. Usak ist Hafenstadt am Mar- mararum und liegt an der Bahnstrecke, die von Konstanti- nopol bis nach Smirna führt. Bursa liegt süd- östlich von Ismid. Usak ist eine Stadt an der Bahnstrecke, die Smirna mit der Konstantinopel Hauptlinie verbindet. Die feindlichen Truppen scheinen von Nordwesten und Westen auf die Hafenstadt Smirna vorzudringen. Nimmt die Niederlage bei Usak größeren Umfang an, dann ist Smirna direkt bedroht.
Die Eroberung von Ismid öffnet den Kemalisten den Weg nach Konstantinopel. Die Entente hat zum Schutz der Stadt eine neutrale Zone zehn Kilometer nörd- liche von Ismid best. Es ist aber fraglich, ob Kemal seine Streitkräfte verliert. Er hat sich immerzeit bereit erklärt, das Pariser Programm der Entente, das ihm das Gebiet von Smirna über zu geben.

„Eckhart Telegraf“ meldet, daß man in London be- fürchtet, Bulgarien werde Griechenland able zu Gunsten ausnutzen, um sich das thronische Gebiet, das es durch den Friedensvertrag verlor, wiederzubolen. Nach einem Bericht der „Agence Havas“ ist tatsächlich eine bulgarische Mission nach Ankara (Kemals Regierungssitz) unter- wegs. Der ehemalige Minister des Innern der provisorischen Regierung von Thrazien, Galiz, soll ihr angehören.

Der Reichstag der Justizbesatz.

Der Reichstag der Justizbesatz nahm gestern seine Beratungen wieder auf und führte die Debatte über die Justiz- verwalter weiter. Die Redner beleuchteten kurz den Standpunkt der Parteien zu den verschiedenen Anträgen und

brachten dann noch langatmige und endlose Ausführungen über Dinge, die längst genügend erörtert waren. Der Antrag auf Schluß der Debatte, der auch von unseren Genossen unterstützt wurde, wurde mit einer Mehrheit von 287 Stimmen abgelehnt. Die verschiedenen Abstimmungen über die Wahl der Parteien zur Frage der Justizverwaltung werden heute (Freitag) nach- genommen. Erst dann wird sich zeigen, ob unter dem Regime des Kabinetts Steyerwald die Klassenjuris in Preußen auch weiterhin ihre Organe feiern wird.

Erhöhung der Getreidepreise.

Der Reichstag, der unter dem Vorsitz des Staats- sekretärs Schulz zum Reichstagsparlament des Innern eine Vollversammlung abhielt, gab zunächst seine Zustimmung zum dem Getreidegesetz betreffend das am 6. Mai 1921 unterzeichnete deutsch-russische Ergänzungskommen über die Heim- schaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Nach diesem Abkommen wird den beiderseitigen Kriegsgefangenen ein weit- gehender Strafraum zugewiesen und dadurch ermöglicht, daß 60 deutsche Kriegsgefangene, die wegen angeblicher Strafs- taten in Plostauer und Petersburger Gefängnissen noch zu- rückgehalten werden, ihre Freiheit wiedererlangen. Der letzte Transport russischer Kriegsgefangenen in ihre Heimat, soweit sie in diese überhaupt zurückkehren wollen, wird Ende Juli von Deutschland abgehen.
Zusammen wurde dann einer Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921. Die Reichsregierung schlägt für das Amtgetreide folgende Preise vor: Für die Lomme Roggen 2100 Mark (100 bis 700 Mark mehr als bisher), für die Lomme Weizen 2300 Mark, für Gerste 2000 Mark (100 Mark niedriger als bisher), Hafer 1800 Mark (300 Mark niedriger). Für die Vorkörner, die für die Regierung abgegeben, daß die Getreidepreise die Wirtschaftlichkeit des Getreidebaues beschleunigen und ferner die Landwirtschaft anzuregen, durch niedrigere Preise für Futterertrag zu steigern.
Der Vertreter Bayerns beantragte, die Preise für Roggen, Weizen und Gerste um 100 Mark zu ermäßigen. Dieser Antrag wurde mit 35 Stimmen Bayerns, Saechsens, Württembergs, Badens, Lipps, Braunschweig und Anhalts abgelehnt und mit knapper Mehrheit der Regierungsvorlage zugestimmt.

Der Reichminister des Innern hat die Anstellungs- bedingungen der Schulpolizei.

Die Kommissionsmitglieder für die Beamtensituation hat vor einiger Zeit im Interesse der Schulpolizeibeamten an den Reichs- minister des Innern die Forderung gerichtet, sein Ver- waltungsverhalten gegenüber den Einzelbeamten in Bezug auf die Anstellungsbewerber nach dem Maßstab der Anstellungsbedingungen der Schulpolizei zu prüfen. Es wurde hierzu die große Erregung begünstigt, die sich in den Kreis der gesamten Polizei gegen diese Anstellungs- bedingungen hat. Die polizeiliche wurde aus- schließlich und politisch-moralischen Gründen die Über- führung in die Berufsbeamtenschaft unter Wahrung aller durch die Beamtensituation garantierten Staatsbürger- lichen Rechte fordert. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat durch eine große Anfrage die Anstellungsbedingungen der Schulpolizei auf öffentlichen Diskussion gestellt und im Hauptausfluß bei der Beratung des Etats des Ministers des Innern Anträge gestellt, die sich in der gleichen Richtung bewegen. Diese Anträge sind bis jetzt abgelehnt worden. Der Reichminister des Innern hat immerhin anerkannt, daß für die Zustimmung des Reichstags zum den Anstellungsbedingungen eine Reihe von wichtigen Voraussetzungen — nämlich das Einverständnis der Polizeibeamten — erfüllt und der Beamtensituation im allgemeinen durch die neuerdings von den Organen abgegebenen Erklärungen im Wege- fall gekommen und dadurch eine neue Lage geschaffen worden ist.

Das Preußische Ministerium des Innern ist ersucht worden, erneut zu Frage Stellung zu nehmen, nachdem ge- meinte Verhandlungen stattgefunden haben.

und unausführlicher seinen Charakter geprägt. Ein Gruben- besitzer mußte die Arbeitkraft so billig wie möglich kaufen, in der kürzesten Zeit das reichliche Material ausbeuten, das Produkt zum Markte an jene verkaufen, über deren Kredit kein Zweifel bestand. Bedeutend diese einer Geschäftskreis- lung war sie als erfolglos zu bezeichnen, ein Mensch, der auszu- denken mag, daß nach dem die Beziehe zugrunde richte, magde sich der Kapitalmarkt und der Freiheit schuldig.

Dies Mittelstadium der seine freien jedes Studiums der Industrie als vereinlicher Arbeiter verdienen werde, hatte Edward mit ihm erfüllt. Als er die Sache jedoch überdachte, fand es darüber Bedanke kein so ganz schlechter. Vielleicht wäre es doch das, was er suchte, nicht finden, vielleicht würde er auch berufliche Arbeit von seinen väter- lichen Genossen.

Nun aber war das Regiment gemacht, und Edward sah ein, daß es ein furchtbar Mißerfolg sei. Hat hatte nicht erkannt, daß die Arbeitelasse außerordentlich klein, fast und unfähig ist, mit fortzu- handeln regiert werden müßte. In Gegenwart, er war sich keinen Führer geworden. In einem Beamtensystem, den von unzulässig, zu einem Agitator, einem Aufrührer in Klassenkämpfen zum Selbste seiner eigenen Freunde und der Kompanons seines Bruders.

Nach wie hatte Hal sich überredet erzeugt gesehen; er dachte fort unnormal. Hal überredete sich darüber, daß ihm der Bruder ererbte, was ihn glücklich. Er war der Freund des zum inneren, was die Aufmerksamkeit hatte ihn Beren Garrisang ans Telefon gehen. Er hatte den Garri- wright gehört, daß Hal sich überredete eine Revolution an- zuführen. Der junge Garrisang überredete die Situation in so blühenden Farben, daß Edward in Fröhlichkeit aus nur eine Johannisbrot mitgungen, die sich durchzuführen war.

Hal konnte kaum das zu verstehen. Sein Bruder, sein wahrer, hypererotischer Bruder, verließ am Morgen in den Fröhlichkeit der Garrisang, den Schicksal und nun fand Edward das Wort, der Elegante, der für einen einzigen Dollar zahl- bar sein und traug einen ab- gewählten Dollar, den er für zwölf Dollar und achtundzwanzig Cent zum Juden in der Straßenbahn gekauft hatte.

„König Roble.“

Roman von Upton Sinclair.

(15. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Oben jetzt befindet ich mich inmitten eines Streiks, habe keine Zeit, dir etwas zu erklären.“
„Und an Vater denkst du nicht bei deinem ganzen Wohl- sein?“

„Ich denke an Vater, auch an dich, Edward; jetzt aber ist nicht der Moment.“

„Wenn es je der Moment war, so ist er es jetzt.“

Hal stöhnte tief auf. „Gut, sehr dich, ich will versuchen, dir zu erklären, wie ich hineingekomme wurde.“

Er berichtete von den Verhältnissen, die er in dieser Stellung der Allgemeinen Bezahlungs-Gesellschaft gefunden hatte. Wie immer, wenn er davon sprach, ließ er sich fort- reissen, wurde erfrig wie bei den Staatsbeamten in Pedro. Doch auch hier wurde seine Rede unruhig, unruhig, und er merkte, daß sich sein Bruder in einem Zustand derartiger Gerechtigkeit befand, daß er seinen Worten nicht zu folgen vermochte.

„Es war die alte, alte Geschichte, so war es stets gewesen, solange sich Hal erinnern konnte. Es schien ein Kettengelenk- ding, daß über so verschieden Charaktere von denselben Eltern hingen konnten. Edward, praktisch und positiv, genau, was er wollte und verstand es auch zu erreichen; Zweifel, Fragen und andere überflüssige Gesetze flühen ihn nicht, er begriff die Menschen nicht, die ihren Wert mit derlei Dingen bekehrten, auch nicht Leute, die sich „fortziehen“ ließen.“

„Früher hatte er Hal gegenüber das Bestreben des älteren Bruders gesehen. Er war schon wie ein junger Ordisenopel, hart und herrlich. Ob er nun über das sich darinloste oder mit tröstlichen Süßwörtern die Wogen teilte oder mit klugen- schen eine Reduktion herbeiführte — immer war Edward die Bestreben des Jüngeren. Wenn er sagte, man sollte „dummes Zeug“, höhnte Hal von „Sentimentalitäten“ redete — dann schmerzte einen die Seele, man mußte bei Gabel und Messer zurückgehen, man den verabschieden hat man zu haben.“

Hal hatte bereits in früher Jugend Fragen an das Leben gestellt, in seinem Charakter lag etwas, das ihn zwang, dem Grund der Dinge nachzugehen; und wie sehr er auch zu dem wichtigsten Bruder aufsaß, so begriff er doch bald, daß dieser gewissen Seiten des Lebens gegenüber blind war. Jenseit davon religiöse Zweifel bekommen, die geistige Dual, die einen jungen Mann erfüllt, wenn er einseitig beginnt, daß der Glaube, in dem er aufgewachsen, daß ein ewiges Mädchen sei. Edward schien diese Zweifel nicht zu kennen. Er ging in die Kirche, weil dies notwendig war, weil die junge Dame, die er heiraten wollte, es verlangte, wenn er sich selbst erenow und seinen nicht, es hätte, wenn er sich die Blumen und Wohlgeruch begleitete, wo sie ihren eben- gänglich schließenden Freunden begegnete. Es dachte Edward ganzlich unnormal, diese angenehme Seite aufzugeben, weil man nicht glauben konnte, daß Jonas von einem Weltlich- verfallenen worden war.

Der Kampf war allerdings erst ein tobender geworden, als Hal seines Bruders Bestrebungen — die Religion des Protestantismus — angriffen hatte. Im Anfang ver- stand Hal nichts von praktischen Dingen, Edward mußte ihn darüber aufklären. Ihm zufolge war die Wohlhabenheit des Landes durch starke Männer geschaffen worden, diese Männer hatten Gebilde — gemein denkende Leute, die von Geld und anderen niedrigen Eigenschaften getrieben, den nächsten Mann zu zerstören suchten. Jenseit hatte diese Theoretiker den An- stand betriebig, später, als er mehr gelesen und beob- achtet hatte, kamen ihm viele Zweifel. Endlich gelangte er durch seines Bruders Reden und die Schriften der „Schmutz- aufwührer“ zu der Einsicht, daß es zwei Typen gäbe, von denen die eine an die Profite, die andere an die Menschen denken.

Edward sah mit Unruhe, welche Art Wäher Hal sah, und diese Unruhe stieg ihm, als er merkte, welche Ideen Hal von der Unmöglichkeit heimbildete. Garrisang mußte sich in den letzten paar Jahren sehr verändert haben; da Edward dort schliefte, hatte er immer an dieser Dinge gedacht. Keinen war es empfindlich, Edward lieh auf die Zukunft und die schlan- drophischen Wohlthäter zu denken.

Dann hatte Edward Warner vor einen Schlaganfall erklert und Edward nun die Schritte übernommen. In drei Jahren konnte seine Aufgaben die eines Kaufmanns lösen; man sah

Der Gefangenemord.

Schwerer Kriegsverbrechenprozess.

Den Verhandlungen wohnte der holländische Kriegsgerichtspräsident van Slooten bei.

Nachdem der Angeklagte Major Cruijs die Frage auf Lösung eines Gefangenen trotz dessen feindlicher Willen mit einem „Ja“ beantwortet hatte, lag er auf eine weitere Frage des Präsidenten aus, daß der Befehl des General Stenger am Vormittag des 21. August gegeben wurde, ehe der Exzerzierplatz in Saargruben passiert wurde. Daß Musierter Müller auf dem Exzerzierplatz einen Gefangenen auf seinen Befehl erschossen habe, bestritt der Angeklagte. Es seien damals 20 bis 30 Gefangene erschossen worden. Der Angeklagte gibt zu, er habe angenommen, daß auch Verwundete erschossen worden seien.

Bei Schilderung der Ereignisse am 26. August erzählt der Angeklagte, es sei damals der Befehl gegeben worden, keinen Ardou zu geben und keine Gefangenen zu machen. Dieser Befehl sei vor allen Offizieren von General Stenger gegeben worden. Andere Personen hätten ähnliche Neuierungen des Generals gehört. Den Befehl des Generals habe er an seine Kompanien weitergegeben. Damals sei er Herr seiner Nerven gewesen. Was weiter gesehen sei, wisse er nicht mehr.

Der Angeklagte Stenger bleibt gegenüber den Behauptungen des Angeklagten Cruijs bei seinen früheren Angaben, daß er sich nicht so bestimmt ausgesprochen habe. Er wird dann die Neuierung des Angeklagten Cruijs gegenüber dem ihn damals behandelnden Professor, Gehilfen Anton-Halle erzählt, daß Cruijs unter dem Druck der fürchterlichen Ereignisse bei der Erschießung der Gefangenen schwer gelitten habe. Der Angeklagte Cruijs erzählt, daß er gegen Alkohol sehr wenig widerstandsfähig sei. Vor Mitteilung des Befehls am Morgen des 21. August habe er Wein getrunken, nachdem er vorher überhaupt nichts gegessen hatte.

Der Angeklagte Stenger hat am 26. August den Cruijs zwar nicht betrunken gefunden, aber den Eindruck gehabt, daß dieser Offizier sofort von der Front weg müsse. Cruijs hat sich der weiteren Vorgänge nach dem Vormittag des 21. August nicht mehr erinnern. Der Oberarzt in der Grenzwacht Alton bei Hannover, Dr. Serna, wird darauf als Sachverständiger vernommen. Er hat Cruijs damals in Behandlung gehabt und sich Notizen über die Angaben des Angeklagten gemacht. Cruijs habe damals gesagt, es sei gegen sein Gefühl gewesen, daß er Gefangene auf böseren Befehl habe erschießen lassen müssen. Er wird nunmehr in die Zeugenvernehmung eingetreten.

Zeugenvernehmung

Generalmajor a. D. Konrad Neubauer aus Wunstorf a. Harz erzählt von den Vorgängen am 21. August und den Neuierungen, daß die verwundeten Franzosen heimlich in den Gewehnen griffen und auf die Deutschen schossen. Er habe dann angeordnet, daß alle französischen Gewehre zerlegt werden sollten. Von dem angeblichen Befehl seines Vorgesetzten, des Generals Stenger, weiß er nichts. Er habe keine Befehle erhalten. Wenn ein Vorgesetzter wirklich einen solchen Befehl erteilt hätte, würde er ihn als unzulässig nicht ausgeführt haben. Der Zeuge erwähnt dann die Nachrichten, die über die Säuberung des Waldes, über die heimtückische Kampfmethode der Franzosen von den Büumen herunter auf den Verwundeten wurden. Darüber habe natürlich große Entrüstung geherrscht. Über einen Befehl, Verwundete zu erschießen, habe Stenger nicht gegeben. Der Zeuge hätte es hören müssen, da er in der kritischen Zeit in unmittelbarer Nähe Stengers, seines Vorgesetzten, sich befand. Zurück an die Mannschaften seien allerdings Mitleid gewesen. — Der Angeklagte Cruijs hat diesen Angaben gegenüber seine früheren Angaben aufrecht, daß Stenger den erwähnten Befehl gegeben habe.

Zeuge Neubauer erklärt, wenn festgestellt wäre, daß die Franzosen instruiert waren, in der erwähnten heimtückischen Weise von hinten und oben auf unsere Truppen zu schließen, würde er einen solchen Befehl für gerechtfertigt gehalten haben. Der Zeuge erzählt dann, daß Cruijs sehr erregt aus dem Walde gestürzt sei und wie ein Wahnsinniger gerufen habe, alles sei vorüber. Er, der Zeuge,

habe den Angeklagten sofort suspendiert und zurückgeschickt. Das war am 26. August. Der Zeuge macht darauf aufmerksam, daß schließlich ein erstellter Erlass in der Person der Soldaten in unglücklicher Weise verfaßt und ausgebaut wurden, so, daß auf deren Neuierungen in Briefen, Tagebüchern usw. tatsächlich wenig Wert gelegt werden könne.

Generalleutnant a. D. Giermann aus Freiburg i. Br. erklärt bestimmt, daß er weder am 21. noch am 26. August einen Befehl der erwähnten Art von Stenger erhalten habe, weder schriftlich noch mündlich. Der Zeuge sagt, man habe damals an der Grenze das Gefühl gehabt, daß wir überfallen seien. Daraus erkläre die die Erörterung der deutschen Mannschaften. Die Stimmung am 26. August sei eine derart artige gewesen, daß man die Kampfmethode der französischen Alpenjäger, die von den Büumen und von hinten schossen, nicht für ritterlich gehalten habe. Von einem Befehl des Majors Müller, alles totzuschießen, hat der Zeuge gehört, und zwar in der Weise, daß Müller einige Gefangene habe erschießen lassen. Von dem Gespräch und Befehl Stengers, Verwundete niederzuliegen, habe er am Morgen des 21. August nichts gehört, obwohl er hätte es hören müssen. Auf Befragen sagt der Zeuge, er habe es für unzulässig, einen feindlichen Soldaten, der sich ergeben wolle und die Hände hochhebe, zu erschießen. Nur wenn er wisse, daß Gefangene von bewachten Wachen überaus zu machen verurteilt würde, er die Erschießung solcher Gefangenen für berechtigt halten.

Dr. med. Döhner aus Untergrombach b. Bruchsal wurde als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Er teilte mit, daß er an dem fraglichen Tage Militärarzt war. Er habe auf dem Exzerzierplatz Alte und Verwundete liegen sehen. Dort hätte er den Angeklagten Cruijs drücken:

„Wollt ihr den Brigadobefehl nicht ausführen?“

Ein Soldat habe dem Zeugen auf Befragen gesagt, „Wir sollen die Verwundeten erschießen.“ Zweifellos hätten die am Boden liegenden Franzosen den Deutschen erschossen. Der Mann, mit dem er gesprochen, habe gesagt, „Wir können doch nicht erschloßene Verwundete erschießen.“ Die deutschen Soldaten seien dann weitergegangen. Cruijs sei ganz rot und in großer Erregung gewesen und habe Säbel und Revolver in der Hand gehabt. Ob irgendein Franzose damals erschossen worden ist, weiß der Zeuge nicht. Er kam ohne Waffen in eine Scheune, in welcher viele Franzosen lagen. Ein französischer Kapitän sei mit einem Gewehr auf ihn eingedrungen, wobei der Kapitän von einem deutschen Soldaten erschossen wurde. Der Zeuge hat in den Gewehnen der Franzosen Dum-Dum-Geschosse gefunden, und zwar keine diese Geschosse als Kampfmittel gesehen. Diese Geschosse hat er dem General Stenger übergeben. Am 20. August sei er dem Angeklagten Cruijs wieder getroffen und ihn vollkommen aufgelöst gefunden. Er habe ihn dringend empfohlen, zurückzugehen. Der Zeuge erinnert sich keines Falles, in welchem auf Befehl des Angeklagten Cruijs jemand erschossen worden sei. Er hat aber in vielen Tagen seine damaligen Briefe in die Heimat wieder in die Hand genommen und teilt daraus mit, die Franzosen hätten sich nicht an das Genfer Kreuz. „Auch wir haben Gefangene erschießen müssen, weil sie heimtückisch aus dem Hinterhalt auf uns schossen.“ Der Zeuge erzählt dann noch weiter über die Nichtachtung des Genfer Kreuzes durch die Franzosen. Auf Befragen des Sachverständigen, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Anton aus Halle a. S., erklärt der Zeuge, daß der Angeklagte am 20. August inoffiziell anzufragen versucht hat, und daß er dies auch die 21. August annehmen mußte. Daß Cruijs übermäßig dem Alkohol ergeben war, hatte er damals nicht gemerkt.

Staatsanwaltschaftsrat Langels aus Berlin war Ende 1914 Adjutant des Erstabteilchefs in Mülheim i. Baden. Er erklärte, daß Cruijs auf ihn einen verwirrten Eindruck gemacht habe.

Landbauer Paul Grienberger aus Franken i. Elsaß, ein französischer Zeuge, war bei der dritten Kompanie des Infanterieregiments 112 als alter Soldat, hat die Schlacht bei Saargruben mitgemacht und ist dann zu den französischen Truppen übergelaufen. Am 21. August 1914, so sagt er aus, habe Cruijs angeordnet, einzeln angetroffene Franzosen und verwundete Gefangene zu erschießen. Cruijs habe vor der Schlachtlinie gestanden und gesagt, es liegt ein Brigadobefehl vor. Auf Cruijs habe dieses Verbot, kein ein Soldat einen verwundeten Franzosen erschießen, der auf dem Exzerzierplatz gelegen hat. Der Franzose habe keine Waffe in der Hand gehabt und um sein Leben gebeten. Am 26. August habe

Cruijs den Befehl wiederholt und gesagt, es solle alles über den Haufen geschossen werden. Cruijs habe von ausgesetzten Augen und abgemüllten Ohren gesprochen und damit den Befehl bekräftigt. Der Zeuge selbst habe sich an der Erschießung nicht beteiligt.

Hierauf wird um 3 Uhr die Weiterverhandlung auf Donnerstag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Jagows Adresse.

Die Redaktion des „Normirte“ hat gestern vormittags 10 Uhr 30 dem Reichsjustizminister Dr. Schiffer die ihr von zuverlässiger Seite mitgeteilte Adresse des angeblich auffindbaren Herrn v. Jagow übermittelt. Es lautet: Traugott v. Jagow, Potsdam, Bagerstr. 7, I.

Die Adresse ist in Potsdam einer ganzen Anzahl von Personen bekannt. Die behördlichen Stellen, die dem Justizminister die angebliche Unaufrichtigkeit Jagows meldeten, haben damit, falls nichts Schlimmeres vorliegt, zum mindesten eine derart phänomenale Unaufrichtigkeit an den Tag gelegt, daß schon wegen dieser Unaufrichtigkeit mit der Ermittlung Traugott v. Jagows beauftragten Beamten von ihren Posten entfernt werden müßten.

Ueber die Rechtslage ist folgendes zu sagen: Der Hofbesitzer gegen Herrn v. Jagow ist seinerzeit durch das Reichsgericht wegen des angeblich leidenden Zustandes des Angeklagten aufgehoben worden. Nur das Reichsgericht ist berechtigt und, nachdem v. Jagow selber nicht widerholt erklärt hat, uneres Erachtens auch verpflichtet, diesen Befehl rückgängig zu machen und die Verhaftung des Angeklagten zu verfügen. Sade des Oberreichsanwalts ist es, einen entsprechenden Antrag zu stellen, Sade des Reichsjustizministers, den Oberreichsanwalts auf jeden Fall hierzu zu veranlassen. Inzwischen erwünscht der Polizei die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß Herr v. Jagow nicht wieder unauffindbar wird. Wer die Hartnäckigkeit kennt, mit der unter dem Sozialistengesetz sozialistische Führer, ohne daß sie irgendwelches Vergehen angeklagt waren, monatelang Schritt und Tritt überwacht wurden, wird diese Aufgabe der Polizei nicht für schwierig halten, natürlich den guten Willen der Polizeibehörden vorausgesetzt, Herrn v. Jagow wirklich im Auge zu behalten.

Notizen.

Reichstagsarbeit. Nach einem Beschluß des Reichstages sollen die Steuererträge, das Schulgeld und das Brauereimonopol zunächst noch zurückgestellt werden, bis unter den Parteien eine Vereinbarung über die gemeinschaftliche Beratung dieser Gegenstände zustande gekommen ist. Worgen wird das Grubenunglück von Mont Cenis behauptet werden. Erleichtert werden sollen noch vor der Sommerpause ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Patentgebühren sowie der Rechtsanwaltsgebühren und die Ausführlingsbestimmungen zum Belohnungsgehalt. Am Donnerstag nächster Woche wird der Reichstag voraussichtlich in die Sommerferien gehen können.

Der heftige Minister des Innern Genosse Dr. Fuda hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Rein Weindel. In der Strafkasse gegen den früheren Reichsanwaltsminister Erzbischof wegen eines Weineibes, den dieser gelegentlich seiner Vernehmung im Hefflinger-Prozess gestrichelt haben sollte, beschloß das Landgericht auf den über einmündigen Antrag des Generalstaatsanwalts und des Weindelbeters, der Beschuldigte, wegen Mangels eines Beweises auf Kosten der Staatskasse außer Verfolgung zu setzen.

Arbeitsaufnahme in England. Nach langen Verhandlungen hat der Verband der Arbeitgeber und der Bergarbeiterverband gestern vormittag ein vorläufiges Abkommen getroffen. Eine gemeinsame Entschließung über diese Abmachungen wurde den Vertretern der Verbände geteilt unterbreitet. Die Arbeiter in Yorkshire haben beschlossen, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Dagegen haben 5000 Bergarbeiter in Wigan einstimmig das gestroffene Abkommen abgelehnt.

Andrette Steuern in Frankreich. Heute soll durch ein Dekret der französischen Regierung, das im „Journal Officiel“ veröffentlicht werden wird, der Getreidezoll für den französischen Fiskus betragen, auf vierzehn Franken und der Zoll auf Zucker von 20 auf 50 Franken erhöht werden.

Kleines Zeilleton.

Nachtreffe

von Ludwig Umland.

Ich reit' ins finstere Land hinein,
Nicht Mond noch Sterne gehen Schein.
Die kalten Winde tosen.
Oft hab' ich diesen Weg gemacht,
Wann goldner Sonnenschein gelacht,
Bei lauer Lüfte Rosen.

Ich reit' am finstern Garten hin,
Die dürrn Bäume lausen drin,
Die welken Blätter fallen.
Her pflegt' ich in der Rosenzeit,
Wann alles hoch der Liebe weilt,
Mit meinem Lieb' zu wallen.

Erlöschen ist der Sonne Strahl,
Verweilt die Rosen allzumal,
Wein Lieb' zu Grab getragen.
Ich reit' ins finstere Land hinein
Im Winterturn, ohn' allen Schein,
Den Mantel umgeschlagen.

Das hohe Lied der Arbeit.

Die Sommerhitze brennt. Der Tag dehnt sich lang für die Arbeit. Künftliche Beleuchtung ist in dieser Jahreszeit nicht am Plage. Und Arbeit ist da, schwere Arbeit. Das Pflaster der Stadt ist aufgerissen. Ein dröhnendes Lärmen durchdringt die Luft. Es ist niemals ruhig in der Straße. Jetzt aber ist ihr hallender Lärm vermindert. Eine Kolonne Menschen ist in engerer Tätigkeit. Gut zwei Duzend Mann mögens sein. Kräftige, in den besten Jahren lebende Gestalten sind es. In Hemdbärmeln haben die Kameraden den Rücken an. Sie können bei keine Ruhe

Sie wissen, was von ihnen verlangt wird, was sie für die Allgemeinheit leisten müssen.

Der Arbeiter hat eine flatternde Zeichnung in der einen Hand, in der anderen einen Zirkel. Er muß seine Augen überall haben, muß es verstehen, die Arbeit richtig übersehen, das Ganze in vorteilhafter Weise überblicken zu können. Mit weithin hallender Stimme gibt er seine Anordnungen. Seine Seele flutet hart, abgehärt. Ein herrliches Wecheln klingt in ihnen.

Und er wird gehört. Wie ein Ameisenhaufen wirbelt die emsig schaffende Schar durcheinander. Einzelnen und Gruppen verdrängen sie, fast lautlos, ihr schweres Werk. Spaten türmen. Äxte hauen. Karrenräder quillern. Alles das durcheinander gibt einen eigenartigen Laut: ein Konzert vieler unharmonischer Geräusche. Ein mühses Durchdringen läßt es zu sein. Und doch ist es ein planvoller Aufbau. Das Arbeiterganzes geht verhältnismäßig rasch; aber auch das Aufbauen darf seine lange Zeit in Anspruch nehmen. Jede Stunde verlangt ihr Recht. In keinem kleineren Kreise tut jeder angestrengt seine Pflicht und Schuldigkeit.

Ungezähnte Bewegungen sind ausgelöst. Seltige, edige, schwerfällige Bewegungen. Sie werden mit einer wunderbaren Behendigkeit ausgeführt. Die Straße darf nur auf denkbar kurzeste Zeit dem Verkehr entzogen bleiben. Das Leben der Stadt pulst allzu rasch, als daß es sich ungehindert unterbinden ließe. Mit halber Kraft ist hier nichts getan. Jeder muß seinen Mann stehen. Tag und Nacht ist einhellig Arbeit. Nicht Sonne und nicht Mond dürfen ihr Einhalt machen. Keiner ruht aus. Unaufmerksam tollt der Jargon, der alle Kräfte undarmberzigt und hart für sich eingepioniert hat. Der Tag ist lang und heiß. Und unermüdet schafften die fleißigen Hände.

Geistige Schätze.

Von Hans Schipper.

Wißt du dich an einem unerlöschlichen Born erquickend, willst du dich an edlen Gemüthern laben, lieber Leser? Wenn ja, dann will ich dir einen Weg weisen, der, wenn du ihn gehst, dich in das Land der geistigen Freiheit führen wird. Dorthin, wo es noch Ideale gibt, wo der Mensch noch wirklich Mensch ist. Hier kannst du deine Seele vom Staube des

Alltags und der Misere befreien und dich in freiere und höhere Geistesregionen aufschwingen. . . .

Es war vor drei Jahren, mitten im völkermörderischen Kriege, da befahte ich einen Bekannten, einen einfachen Arbeiter, mit dem mich literarische Neigungen und Beziehungen verbunden. Beim Abschied sagte er: „Ich habe einen löstlichen Fund gemacht.“ Mit diesen Worten drückte er mir, ein zeitungsähnliches Etwas in die Hand. „Lesen Sie und urteilen Sie.“

Als ich am nächsten Morgen ins Bureau fuhr, inhierte es in meiner Manteltasche. Wesentlich zog ich ein Blatt heraus und las. . . . Und las folgende, daß ich zwei Seiten stellen zu weit fuhr und dann zurückgehen mußte. Und das am eine Zeitschrift, die den Namen trug: „Die Weltliteratur.“

Seit dieser Zeit bin ich Leser der Wochenchrift, die mit bis heute meinem Genuß behelert hat. Wie dank ich es dem schlichten Arbeitsmann, der mich auf dieses gegebene Unternehmen aufmerksam machte. Jedes Heft der „Weltliteratur“ enthält einen oder mehrere der besten Romane und Novellen aller Zeiten und Völker. Von Aristophanes, dem Dichter der Griechen, bis zu dem Schweizer Ernst Jahn sind alle Völkergenerationen vertreten und der Leser erhält Kenntnis von Danten und Fythen der Weltliteratur, die von uns waren. Jede Nummer enthält ein oder mehrere literarische Einführungen — die uns mit den Lebensdaten und -kämpfen des Dichters vertraut macht. Wir finden Namen von Mann und Rühm: Keller, Storm, Hegel, Büchners, Björnson, Strindberg, Anatole France, Tied, E. T. Hoffmann, Hebbel, Quercus, Clara Viebig, Wieland, Bierbaum, Bruno Franz, Fr. Gerstädt, Heinrich Mann, Fritz Reuters usw. usw. Eine Fülle besten Unterhaltungstoffes tritt uns hier in logischer Auswahll entgegen. Kampf gegen die Schundliteratur ist die Parole des Verlages — das Beste des Schrifttums der Weltliteratur den breiten Massen zu möglichst billigem Preise zugänglich zu machen, sein dem Zweck. Heute kostet das in jeder guten Buchhandlung erscheinliche, wöchentlich erscheinende Heft 80 Pfennig, ein Glas Bier in einem Kaffee 2 Mark.

Kannst du nun den Schatz, lieber Leser, auf den ich in der Ueberlieferung anpöbele? Er gehört zu denen, die weder Kost noch Worten freisen. „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen“, sagte vor 50 Jahren Wilhelm Reichardt.

Verlobungsringe
Massiv goldene
Auswahl des
Stück 40-400 Mk.
Juweller Titels
Trauring-Ecke.

Gut und billig
kaufen Sie!

Emmilmaren

im Spezial-Geschäft f. Emaille
und Aluminium
Max Belger, Gelestr. 59/60.

**Vernickeln,
Grünern**
von Metallgegenständen
jeder Art führt aus
Ferd. Hansengüter,
Metallwarenfabrik, Clara
Häselstr. 9, Telefon 1196.
Gelestr. 1839.

Sportmützen
in allen modernen Farben
preiswert bei
J. Kaliga, Straße 35.

Fahrräder
erklaßliche Marken, wie:
Erimph, Freio, Viktoria,
Fantier und viele
andere.

**P. Krause,
Kl. Ulrichstr. 18 a**
hind. Postl. & Broschowski
Safelbst auch neue Fahrräder
für 990 Mark.



Kinderklappsportwagen
von 17-23 Räder
Alfred Rüter, Reilsstr. 18.

Grosser Saison-Ausverkauf

vom Freitag, den 1. Juli, bis Sonnabend, den 9. Juli.

Nie dagewesene Preisermässigungen.

Der ermässigte Preis ist auf jedem Stück verzeichnet!

Endlich eine Gelegenheit

für jedermann, sich wieder billig und gut zu kleiden.

Solange der Vorrat reicht:

Jackett-Anzüge (gute feste Stoffe)	M. 250.- 275.- 300.- 350.-	Strohhüte	M. 5.- 10.- 15.- 20.-
Jackett-Anzüge (moderne Facons u. Muster)	M. 400.- 450.- 550.- 650.-	Filzhüte	M. 39.- 49.- 59.- 69.-
Rock u. Westen (schwarz u. Marengo)	M. 550.- 650.- 750.- 850.-	Herren-Mützen	M. 15.- 20.- 27.- 32.-
gestreifte Hosen (starke Arbeitshosen)	M. 45.- 59.- 79.- 89.-	Kinder-Mützen	M. 7.50 16.- 20.- 26.-
gestreifte Hosen (elegante Kammgarnstreifen)	M. 105.- 125.- 150.- 175.-	Krawatten	M. 7.50 9.50 12.- 14.50
Sommer-Paletots (z. T. Raglans)	M. 300.- 375.- 500.- 650.-	Hosenträger	M. 3.- 4.50 12.- 14.-
Loden-Mäntel (gut imprägniert)	M. 225.- 275.- 325.- 450.-	Weiche Kragen	M. 3.- 4.50 7.50 9.50
Gummi-Mäntel (wasserdicht)	M. 425.- 475.- 550.- 650.-	Stoff- u. Ledergürtel	M. 15.- 16.50 23.- 29.-
		Rucksäcke	M. 16.50 19.- 22.- 42.-
		Posten steife Kragen	3 Stück M. 0.95
		Eine Partie Wickelgamaschen	das Paar M. 3.50
		Wäsche-Säcke	das Stück M. 9.50 15.-
		1 Posten Kinder-Wasch-Anzüge	das Stück M. 45.-

Knaben- und Jünglingskleidung entsprechend billiger.

Sonder-Angebot:

Winter-Ulster, 1 reih. m. Armfutter M. 80.- 100.- 125.-
Vorrat circa (500 Stück).

Endepols & Dunker

Grosse Ulrichstr. 19-20.

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 2. Juli,
Anslg. 7 1/2, Ed. n. 9 Uhr

Salome
von Rich. Strauss.
Sonntag nachm.:
Alt-Heidelberg
Sonntag abend:
Der Vogelhändler.

Grosser
Saison-Ausverkauf.
Preis teils weit unter
Einkauf.
G. Liebermann,
Gelestr. 42.

R. A. Otto Herrmann,
Halle a. S.,
Magdeburgerstr. 9.
Großhandlung
in Kleiderstoffen,
Herrenstoffen und
Baumwollwaren,
für Schnittverfertiger und
Einzelhändler.
Sagerbeich 10/11.

Auf bequeme
Teilzahlung
hilfs ich
Möbel
besonders
Bettstellen
mit
Matratzen
Kleiderschränke
Verdikos
Schlafzimmer
schöne
Küchen
Grosse Auswahl
N. Fuchs
Möbelhaus,
Halle,
Gr. Ulrichstr. 58,
I, II, III. Etage.

B. B. Beth's Bunte Bühne
Vornehme Künstlerspiele.

Ab heute, den 1. Juli: Der vollständigste
neue, aus neuen Attraktionen bestehende
Großstadt-Spielplan.

Peißnitz.
Sonnabend, den 2. Juli 1921:
Großes Extra-Konzert
„Deutscher Opern-Abend“,
ausgeführt vom Gesamt-Philharmonischen Orchester.
Leitung Obermusikmeister C. Steuer.
Eintritt 1.00 Mk.
Anfang 7 1/2 Uhr.
H. Schröder.

Christian Glaser
Große Klausstraße 24. — Fernruf 6138
Grudeöfen, Spar-Kochherde, Kochöfen
+ Gußeiserne Waschkessel +
Werkstatt für sämtliche Öfen u. Herd Reparaturen

Walhalla-Theater.
Täglich
Gustav Bertram — Marga Peter
in
„Gänseleberpastete“.
Stürmischer Lacherfolg.
Tageskasse 10-1 und ab 6 Uhr.
Beginn 7 1/2 Uhr.

Für Kinder- u. Gartenfeste
Säternen, Fackeln, Traqubä, Wärdieistern. Als
Schiedel, Geiseln, Verlosung u. viele andere
Artikel, Tankontrollen, Tanzblumen, Tanzband,
Tischdecken, Glorietts- und Garbenbündel, etc.,
Gärtchen, Fädhchen für Garten- und Saaldekora-
tionen aller Art, Willkommen-Schilder
billigt wie bekannt be-

Paul Lange,
neben Apollo Merseburgerstr. 168, nahe Riebelplatz
Telephon 3477.
Sonnatze geöffnet.

Lederklappen
von gebrauchten Sätteln sowie andere Lederabfälle, was
sich in großen Mengen verkauft preiswert
Hinter Markt 11,
Sternlicht, Telephon 1388.

Trauringe
ohne Wärfuge
D. R. P.
Massiv Gold
388 585 750 u. 900
gestempelt
in allen Weiten u. ver-
schiedensten Profilen
am Lager

Goldschmied
Paar u. Nr. 40.- u. 60.-

**Bermann
Schluditz**
Mieseburg
Kleine Ritterstr.
11

Kinge Frauen
kühlen keine nupstien kernen
Mittel, und wenn werden Sie bei
Regelstörungen u. Störungen
an sich. Machen Sie sich
einen Versuch mit meinem an-
erkannt wirksamen Spezial-
mittel. Volkommen unschäd-
lich. Garantie: Erfolg. Ohne
Erschütterung. Siehe Dank-
schreiben. Maria Kless,
Merseburgerstraße 161 IV.
Einsame Königstraße.

Stellen finden
Led. Kutcher
möglichst gebildete, zuverlässig
für feiner Arbeit.
Gute Bezahlung. Bedingung.
Meldung
Arbeitsamt Eisleben
Zimmer 24.

1921 Strand-Fest 1921
zu Günstigen hilfsbedürftiger und kranker
Kinder der Stadt Halle
Montag, den 4. Juli

Festlokale:
Feißnitz, Felsenburgkeller, Saalgeschloßchen,
Kramers Gastwirtschaft (Bos. Diellein), Krug zum
grünen Kranz, Saalgeschloßbräuerei.

Volles von nachmittags 4 Uhr an in sämtl. Neue
Orchester Feslokale Konzerte und Ball. Tänze
Preis-schlüssen — Damenopere — Kindertheaterstücken

Beginn d. Festes 10 Uhr vorm. Peißnitz-Gastwirtschaft

Gr. Früh-Konzert
Von 10 Uhr ab Beteiligung aller Festfahr-
zeuge und der gütigen Mitwirkenden

Am Festtage fahren ab Peißnitz-Festplatz ununterbrochen
gemerkte Dampfer, große und kleine Gondeln mit Musik
von einem Feslokale nach den anderen

Festnacht geschmückte Boote steuern a. Verzug.

Zur Preiskonkurrenz
wollen Inhaber geschmückter Boote, sowie Reklameboote
Ihre Anmelde. best. Tel. 4704 Café Holten (Gelestr. 45)

Prämierung der bestgeschmückten Boote. Sehr wertvolle Preise
Preise sind ausgestellt Blumenhaus Hase, Gelestr. 66.

8 Musik-Kapellen
1. 4 1/2 Uhr großer hist. bun. Wasserfestzug in 4 Gruppen,
Blumenkorso, Wasserspiele, Herre- u. Damen-Becken-
schwimmen (ausgeführt v. Mittel Hall Schwimvereine)

2. Wasser-Fantombone Die artige Lösung liegt in den
Händen des beliebten Komikers Paul Jahr. Halle a. d. S.
3. Fischerstechen.

4. Nächstes siehe Festzeitung.

5. Uhr großer hist. bun. Wasserfestzug, ausgeführt von
Gehr. Winter-Opelweis

Einzelheiten siehe Festzeitung.

Wir bitten die wertigen Festteilnehmer um rechtzeitige Ab-
nahme von Vorverkaufskarten, aus allen Gärten, Gloggen-
heit zum Mittfahren im Festzuge zu geben.

Preise der Festkarten:
Im Vorverkauf: Heros 4 Mk. Damen 3 Mk. Kinder 1.50 Mk.
Tageskasse: 5 Mk. 8 Mk. 4 Mk. 2 Mk.

Vorverkauf in inklinier Dampfbar.

Bei unangenehm Witterung wird das Fest verschoben.
Geldige Festkarten behalten ihre Gültigkeit.
Der Festleiter hat nachher Folge zu leisten.

Der Festausschuß.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S.P.D.)

Dienstag, den 5. Juli 1921, abends 8 Uhr, spricht in einer
Öffentlichen Volkspersammlung
im grossen Saale des „Volksparks“
Reichstagspräsident **Paul Löbe, Breslau.**

Genossen und Genossinnen, Männer und Frauen von Halle und Um-
gegend, erscheint zu dieser äusserst wichtigen Aufklärungsversammlung
und sorgt für Massenbesuch.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben in der Buchhandlung
der „Volkstimme“, im Parteibüro der S. P. D., Harz 42/44,
Zimmer 12 und bei allen Distriktsführern.

Der Vorstand.

Halle und Gaalkreisorte.

Halle, 1. Juni 1921.

Richtlinien für redaktionelle Hinweise.

Im Gegensatz zu vielen anderen Zeitungen haben wir bisher die Aufnahme von sogenannt redaktionellen Hinweisen in der lokalen Beilage ausgeübt...

- 1. Grundsätzlich wird ohne Anzeige keinerlei Hinweis aufgenommen.
2. Für jede Veranstaltung ist auch bei Aufgabe von mehreren Anzeigen nur ein kostenloser Hinweis im Höchstmaß von zehn Zeilen in der kleinsten Zeitungsfrist zulässig.
3. Hinweise, die in Verbindung mit einer Anzeige erfolgen, sind eine Angelegenheit der Zeitungsgeschäftsstelle und erscheinen unter einer besonderen Rubrik.
4. Ausnahmen sind zulässig in Bezug auf Veranstaltungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen oder politischen Charakter tragen.

Wir bitten unsere Leser und Interessenten, sich an diese Richtlinien zu halten. Wir müssen für die Zukunft bei den ungemein beliebigen Anlässen streng darauf achten, daß unser Angezeigte nicht umgangen wird.

Sitzung des Hausbauauschusses.

Staatsberatung.

Infolge der Vereinbarungen im Plenum konnte gestern schon ein erheblicher Teil der Etats im Haushaltsausschuß vorbereitet werden. Im einzelnen wurden folgende Etats angenommen:

- Kap. III. Beschäftigung: Einnahmen 70 000 Mart, Ueberführung 38 300 Mart.
Kap. V. Kapital- und Schuldenerwartung: Einnahmen in Höhe von 351 374 Mart, Ausgaben von 9 008 374 Mart.
Kap. VI. Allgemeine Verwaltung: Die Einnahmen betragen 420 005 000 Mart, die Ausgaben 20 864 000 Mart.
Kap. VII. Polizeiverwaltung: Die Einnahmen betragen 8 990 150 Mart bei einem Geldeinsatz von 9 016 800 Mart.
Kap. VIII. Staats- und Provinzialangelegenheiten: Die Ausgaben im Höhe von 1 236 600 Mart.
Kap. IX. (Richtlinien), die im vergangenen Jahre abgelehnt wurde, weist Ausgaben im Betrage von 7 867,50 Mart auf.
Kap. X. (Schulen), wurde fast ohne Veränderungen angenommen.
Kap. XI. B. (Wägen) erfordert einen Zuschuß von 441 900 Mart.
Kap. XII. A. (Lokalitäten) weist einen Ueberfluß von 17 500 Mart und eine Ausgabe von 215 500 Mart auf.
Kap. XIII. B. (Wägen) erfordert einen Zuschuß von 441 900 Mart.
Kap. XIV. C. (Zoologische Gärten) erscheint mit einer Ausgabe von 879 000 Mart und einem Zuschuß von 441 900 Mart.

Schließlich wurde noch der Etat des Bades Mittelnd (Kap. XI D) genehmigt. Er weist bei einer Ausgabe von 827 400 Mart einen Ueberfluß von 22 400 auf.

Sondergericht.

Die aufgetragene Lage des Lebens.

Der Arbeiter Ratgeber hatte ohne Erlaubnis und Bewilligung ein Militärengewehr in Gewahrsam. Von der ursprünglichen Annahme, daß er das Gewehr zu Gemätschigkeiten benutzen wollte, wurde abgesehen. Es liegt demnach nur ein Verstoß gegen das Entwaffnungsgebot vor. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 1 Monat Gefängnis und 300 Mart Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Ratgeber zu 2 Monaten Gefängnis und 300 Mart Geldstrafe.

Der Telephonarbeiter Steinmann aus Eisleben hat sich an dem Transporte eines Maschinen-gewehres im Innern der Stadt Eisleben beteiligt. Er will dazu nur gezwungen worden sein, was aber wenig glaubhaft erscheint, da er in einer Menge, die einen entworfenen, auf einem Rade fahrenden Schwammann umringelt, Auforderungen wie: 'Macht mit diesen Leuten nicht so viel Umstände! Bei und Spaten heraus!' zum Besten gab. Mehrere Zeugen bekräftigen diesen Sachverhalt. Der Staatsanwalt glaubt deshalb, daß sich der Angeklagte einem bewaffneten Haufen angeschlossen hat und außerdem nach dem Aufbruchparagrafen 115 zu verurteilen sei. Er beantragt 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilt den Angeklagten, der bisher bestrraft ist und seit 20 Jahren in der Mansfelder Gewerkschaft beschäftigt ist, unter Berücksichtigung dieser Milderungsmomente zu 6 Monaten Gefängnis, billigt ihm aber Strafausschlagung mit Bewährungsfrist zu.

Die Angeklagten Franz Bödelmann, Otto Bödelmann und Karl Bödelmann, Albert Wege, Bilschoff, Lannheim und Friedrich werden des Unschlusses an bewaffnete Haufen angeklagt. Sämtliche Genannte stammen aus Döllitz. Franz Bödelmann verrieth in Leuna Rotlandarbeiten und geriet auf dem Wege nach dem Werke unter einen bewaffneten Haufen, dem er sich dann halb gezwungen, halb freiwillig anschloß und auch indirekt an Requisitionen mitwirkte. Otto und Karl Bödelmann sind unter den übrigen Anklagen und infolge ihrer kommunisistischen Einstellung der Roten Armee beigetreten; Lannheim will nur gezwungen sich angeschlossen haben. Den Angeklagten Wege, Bilschoff und Friedrich läßt sich keine Schuld beweisen. Trotzdem sind sie bis zum heutigen Tage - also drei Monate lang! - in Untersuchungshaft gehalten worden. Es muß nachdrücklich gefordert werden, daß eine saubere Siebung des Anlagematerials vorgenommen wird und nicht alle, auch nur gering verdächtige Personen sofort in Ramm- und Bogen verhaftet werden!

Das Gericht verurteilt Franz Bödelmann zu 10 Monaten Gefängnis, Otto und Karl Bödelmann zu 10 Monaten Gefängnis, Lannheim zu 6 Monaten Gefängnis, Wege, Bilschoff und Friedrich wurden freigesprochen. Dem Angeklagten Lannheim wird Strafausschlagung mit Bewährungsfrist zugewilligt.

Was der Mieterbewegung.

Das noch immer in steigendem Maße um sich greifende Wohnungsmangel mit seinen an Gesundheit und Moral so verheerenden Folgen, die sich in letzter Zeit wieder häuften Willkürakte einzelner Hausbesitzer, und die mit neuen Zahlen drohende geistliche Mieterschreckung haben eine Bewegung in weite Kreise der Bevölkerung getragen, die den höchsten Mieter-Berein in letzter Zeit wiederholt zwang, öffentlich dazu Stellung zu nehmen. Schon in einer am 14. Juni nach Wilsdorf's Gesellschaftshaus einberufenen, außerordentlich stark besuchten 'Deffent. Mieters-Brotell-Berammlung' wurde in einer angenommenen Resolution weitere Steigerung der Mieten Einspruch erhoben. Besonders aber wurde der übertriebene Aufschwung entgegen getreten, die den Hausbesitz als Gewerbe betradacht wüßten möchte, und die dem Mieters-Berein die Mieten mit dem Steigen der Preise für bewegliche Güter, oder gar der Höhe und Gehälter zu begründen sucht. Der Mieter-Berein für Halle u. Umgeb. verlangt die Zustimmung seiner Vertreter zu den Sitzungen im hiesigen Mieters-Bereinsamt. Zu dieser, den maßgebenden Stellen überfandenen Resolution, beschloß die am 23. d. M. tagende Mitglieder-Berammlung eine

Eingabe an den Magistrat und die Regierung zu Wertheim, in der die Forderung unterstellt und vor neuem erhoben wird. Die in letzter Zeit zunehmende Aktivität der aus den Verhältnissen herausgewachsenen Mieterorganisation, welche sich ferner in dem Beschluß der Mitglieder-Berammlung, in den nächsten Monaten eine eigene Zeitung herauszugeben, inmerhin beabsichtigt, noch mander Nützlichkeit und der verdienten Anerkennung aller Mitglieder, das in Paragraph 2 der Satzung gefestigt. Ziel: die Zusammenfassung aller Mieter, zu erreichen. Die gegenwärtig auf allen Seiten machende Bedrängnis der wirtschaftlich Schwachen treibt aber auch dieser Bewegung unaufhaltsam Kräfte in die Arme, die sie notwendig über sich hinaus zu größter Bedeutung empfinden werden. Die Geschäftsstelle des Vereines befindet sich Schillerstraße 2 bei M. Jüttner.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadterordneten in Halle am Montag, den 4. Juli 1921, nachmittags 4 Uhr.

- 1. Wahl von Mitgliedern der Schuldeputation. 2. Neupflanzung der Bejener Straße. 3. Neupflanzung der Bejener Straße. 4. Ausbau der Unterburg Giebichenstein. 5. Rotlandarbeiten (Straßenbau). 6. Veranschlagung eines Jahresplans. 7. Haushaltsplan für Rechnungsjahr 1921/22. a) Kap. III Beschäftigungen. b) Kap. V Kapital- und Schuldenerwartung. c) Kap. VI Allgemeine Verwaltung. d) Kap. VII Polizeiverwaltung. e) Kap. VIII Staats- und Provinzialangelegenheiten. f) Kap. IX Kirchenwesen. g) Kap. X A. Staats- und Provinzialangelegenheiten. h) Kap. X B. Oberreal- und Realschulen. i) Kap. X C. Schulwesen. j) Kap. X D. Zoologisches Garten und Mittelnd. k) Kap. XI Armen- und Fürsorgewesen. l) Kap. XII. Die Stadterordneten-Vorsteher. Reil.

Offener Brief an den Vorsitzenden der Delegation des Internationalen Bundes der Arbeiterbewegungen, Herrn S. in Halle a. S.

Auch Sie veröffentlichten kürzlich als Antwort auf den Artikel 'Kommunistischer Terror gegen Sozialdemokraten' eine Schmähchrift gegen mich, die in Nr. 30 der 'Arbeiter' unter der Überschrift 'Schmutzige Kampfschwärze' erschienen ist. Ich will annehmen, daß Sie dabei in gutem Glauben gehandelt haben. Ich verhalte mich zu früheren Gemeinheiten jetzt mit weitestem, daß Sie zu lächeln müssen, wenn Sie lächliche Angriffe auf Ihren Verband nicht zurückweisen können. Sie erklären dann entweder ganz offen, nicht genügend vorbereitet zu sein, oder Sie verächtlich aus Glanz auf eine Entgegnung. Das ist immerhin ein Zeichen von Ehrlichkeit, die ich zu schätzen weiß. Auch Ihre Entgegnung in der 'Arbeiter' verächtlich ja auf eine Widerlegung von Tatsachen, die nicht abzuwehren sind. Im übrigen ist die Bereinigung Ihres Verbandes aber lässlich und läßt sich nicht überlegen. Was Sie von der 'Bereinigung' aus auch nicht bemängeln. Sie müßten gewiß Ihrem Verband weitestens den Willen zeigen, und das entzündlich Sie auch etwas. Was aber an Ihrer Entgegnung einen laienhaften Tadel verdient ist, daß Sie in Ermangelung einer sachlichen Widerlegung allerlei haltlose Behauptungen, in bittre Verleumdungen ohne vorherige Nachprüfung nachsetzen und ausschütten und damit einer guten Sache schaden. Sie legen sich für die Vertreibung der 'Radikale' der Sozialdemokraten des internationalen Bundes' ins Zeug, von deren Unschuldigkeiten gegen die 'Bereinigung' halbierte Sozialdemokraten wissen Sie ja nur einseitig und als Unbegreiflicher Kennzeichen. Was Sie von der 'Bereinigung' auch noch nicht behaupten, entspricht nicht den Tatsachen. Eine objektive Unterlegung durch einen unparteiischen Arbeiterbeauftragten aus Leuna, der noch dazu Mitglied Ihrer Organisation war, fördert ein ganz anderes Bild zutage und veranlaßt ihn nicht nur zum Austritt aus Ihrem Verband, sondern, daß er auch mit Wüßler und Grot von der Kampfbewegung Ihres Schicksals, der Hochgruppe, sprach. Die von uns nach neuer Veranlassung nur sachlich nicht persönlich angegriffenen Führer der 'Radikale' sind mit Ausnahme von einem in Halle - und Leuna. Vor einigen Jahren erklärte mir selbst einer berelien, das Recht sei auf unterer Seite, aber er habe mich mit der Masse identifizieren müssen. Zu Zeit der ärgsten Kämpfe drückte er sich in einer neuen Stunde sogar noch viel dröcklicher aus. Wäre ich bei dieser Masse und nicht beim Recht geblieben, so wäre ich auch heute noch 'Sob'! Das ist es, was mich mehr bin, ist also keine Schande für mich. Im übrigen bin ich auf mein Wissen nicht stolz, wie Sie behaupten; ich behaupte nur die, welche sich ohne eigenes Urteil verurteilen und nebeln lassen. Auch nach meiner Ansicht hat der Handarbeiter für die menschliche Gesellschaft den Wert der der Kopfarbeiter, und Wissen allein ist noch keine Bildung. Die Verensbildung aber, d. h. den Willen zum Guten, lobt und kann jeder haben. Wenn Sie sich das einmal in Ruhe und ohne Hast überlegen, dann wird Ihre Entgegnung 'Schmutzige Kampfschwärze' neu selbst leid tun. Ihre lässliche Gegenwehr bin ich jederzeit zugänglich, auf Verunglimpfungen aber werde ich in Zukunft nicht mehr antworten. Sollen Sie uns doch gemeinsam das Unrecht betämpfen und Gutes tun - vorbehaltlos, für die armen Arbeiter!

Wir bitten dringend, zu den Einkäufen möglichst die Vormittagsstunden zu wählen, da bei dem grossen Andrang nachmittags eine sorgfältige Bedienung kaum möglich ist. Zu aussergewöhnlich billigen Preisen beginnt soeben in unserer Verkaufsstelle der diesjährige Saison Anbrottsverkauf. Die Auswahl ist natürlich in den ersten Tagen des Ausverkaufes am grössten. Wir geben: 10% Bar-Rabatt auf alle braunen und weissen Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder. 20% Bar-Rabatt auf Einzelpaar und Restbestände. 30% Bar-Rabatt auf zurückgesetz Lederschuhwerk. Verkaufsstelle: Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. Halle a. S., Schmeerstr. 1.

Zum ersten Male seit Kriegsende findet in diesem Jahre in herkömmlicher Friedensweise vom 1.—15. Juli

mein grosser Inventur-Ausverkauf statt.

Grosse Posten aller Warengattungen, deren völlige Räumung erzielt werden soll, sind bedeutend im Preise herabgesetzt und in gesonderten Auslagen zum Verkauf gestellt. Die Preise hierfür sind durch rote Preiszahlen deutlich gekennzeichnet.

Ausserdem werden während der Ausverkaufs-Dauer auf alle anderen Waren, deren Auszeichnung zu niedrigsten Tagespreisen mit schwarzen Zahlen gekennzeichnet ist, 10% Sonder-Rabatt, ferner auf Stoffanzüge für Herren u. Burschen, Ulster, Paletots, Lodenjoppen 20% Sonder-Rabatt gewährt, ausgenommen sind Garne und einige wenige Markenartikel, deren Verkaufspreise durch die Hersteller festgesetzt sind. Jeder Einkauf ist daher unbedingt lohnend und bedeutet eine grosse Geldersparnis.

Während des Ausverkaufs: Verkauf nur gegen bar — kein Umtausch noch Zurücknahme von Waren — keine Zurückstellung noch Anzahlung — Änderungen werden berechnet. —

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Verkaufszeit von 9—1 Uhr, nachmittags 3—6 resp. 7 Uhr.


C. W. Trothe,
Opt. Anstalt
Gegr. 1816
Fernspr. 2916
Gr. Steinstrasse 16.

Martha Schladig,
Merseburg, empfiehlt Markt 21,
Strumpfwaren
Erstlingswäsche, Leinen
Hemden in all. Grössen, Schürzen
Herren-Hemden u. Hosen
in Makko.

H. J. Limburger
feinste
reife Landkäse und Harzkäse
prima Molkerei-Butter
zu billigstem Tagespreis.
K. Wünsche, Großhandlung
Merseburg, Seitenbeutel 2.
Telefon 607.

Pelikan-Seifenpulver
mit Seifenschnitzel und hohem Fettgehalt
empfiehlt
Franz Wirth,
Merseburg, Seifenfabrik,
Roßmarkt 1.

Wir verkaufen stets billiger
wie jeder Ausverkauf
auf Grund unserer kleinen
Geschäftsunkosten:
gestr. engl. Lederhosen M. 52.-, 68.-, 80.-
starke Qualität
Manchesterhosen M. 120.-, 145.-, 165.-
starke Qualität
Stoff-, Kammgarnhosen und Waschlappen
zu billigen Preisen!
Heun & Schulze, Halle a. d. S.,
Raffineriestraße 42.

Besonders preiswert
durch direkten Einkauf
hochfeine neue
Matjesheringe
Stück 125, 160, 190, 220, 250 u. 300 Stk.
Deutschlands
Nordsee, größter Fischhandel.
Telefon 1274, 1275, 5904.

Elegante
Herren-Anzüge
moderne Form
v. 240 bis 450 Mk.
Kostümröcke
mit Reiten- und Knopf-
garatur 55.— Mk.
Wäsche
pa. Mittelhosen
Arbeits- u. Hosen
Arbeitskleidung
hauend billig.
Kleine
Kleider, Ulrichstr. 5.
Trabert, Ulrichstr. 5.

Parteiengenoffe
sacht für mehrmonatlichen
Wartung als Partei-Kleid
in Halle möglichst bei Partei-
genoffen
ein Quartier.
Angebote an den Verlag
Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27, erbeten

Fettwaren-Zentrale
Tel. 2648 G. u. b. H. Tel. 5693
Leipzigerstr. 47 - Schwanenstr. 15
Trotz Preissteigerung:
Schweineschmalz 10.—
feinste hausschmelzende
Polnische Würst 8.—
eine Delikatesse 1/2 Pfd. nur
Pa. Dobkowitz, Schweinefleischhandlung
habert vorteilhaft 1 Pfd. nur

Stinnes Neu!
und seine
40000 Arbeiter
Von Kurt Heing
Eine überaus interessante Schrift, die Hugo
Stinnes hiermit u. Aufstieg schildert, sowie
seine ganze ungeheure Macht, seine Be-
teiligungen, Einflüsse und Operationen auf
Grund eines reichen zweifelhafte Materials
kritisch aufdeckt.
Preis 2,50 Mark
Porto 15 Pfennig.
Buchhandlung Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Halt! Wollen Sie
sich elegant
und billig kleiden, so
kaufen Sie in Riesels
Monatsgarderoben
und gut
erhaltene
wenig getragene
Herren-Maßgarderoben
Gr. Märkerstraße 22, I. Telefon 4161.

Beieinkäufen
bitten wir unsere Partei-
genossen und Leser sich
auf die Inserate in der
Volksstimme zu beziehen.
Billigste Bezugsquelle
für
Matratzen
Stella mit Veten und
Dreißelgarn,
pr. Vitenraufstellung
von 160 Mk. an,
engl. Bettstellen, pr. Bar-
kes Holz und Delfarbene
antritt.
Stammmatratzen,
Chalselongs
m. pr. Bezugsu. Verarb.
von 370 Mk. an
Pilsch- u. Stoff-Sofas,
Klub-Sofas u. Sessel.
F. Mass,
Charlottenstraße 9,
Fernsprecher 3521.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis 1,50 pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Durch die demnächstige Verlegung meines Geschäfts nach meinem
Grundstück Burgstraße 9 werde ich den vergrößerten Ansprüchen an die Befähig-
barkeit meines Hauses Rechnung tragen.
Vor Ueberfiedlung nach demselben veranlasse ich einen großzügigen
Umzugs-Ausverkauf
beginnend Montag, den 4. Juli.
Die vorhandenen Bestände stelle ich, um damit möglichst total zu räumen, u. Zell
weit unter meinen Selbstkostenpreisen
zum Verkauf.
Otto Wirth, Merseburg,
Am Neumarktstor 1.

Saison-Ausverkauf
Ungewöhnlich niedrige Preise
:: nur gute Qualitäten ::
moderne u. solide Verarbeitung
Moritz Cahn,
Grosse Ulrichstrasse 4.
Spezialgeschäft für Herren- und Knabenkleidung.

Seifen billiger!
Die größte Auswahl in
Kernseifen
findet man im
Seifen-Spezial-Geschäft
von
Franz Schneider, Merseburg
Roßmarkt 2. Roßmarkt 2.
Beachten Sie meine Preise, Gewicht u. Qualität.



Wollen Sie irgend etwas
kaufen:
1 kl. Landstelle,
1 Landhaus,
1 Gasthof mit oder ohne Land,
1 Wohnhaus in Halle oder
auswärts,
1 Friseur-Geschäft,
1 Bäckerei,
1 Schlachtereie
oder ein
sonstiges Geschäft,
wenden Sie sich bitte an die
**Mitteldeutsche
Güter-Zentrale**
m. b. H.
Halle a. S., Kl. Ulrichstr. 18 a
Fernsprecher 3488, 4007.
Dort finden Sie alles!

Vom fünften deutschen Städtetag in Stuttgart

vom Stadtorbneten Karl Röhner-Grantsfurt.

Selt 1914 hat kein Städtetag mehr stattgefunden. Auf der letzten Tagung in Köln konnte noch von blühenden Gemeinwesen, die eine feste, solide, finanzielle Grundlage hatten, berichtet werden. Der Krieg mit seinen furchtbaren Folgen hat auch die deutschen Städte verarmt, wirtschaftlich ruiniert, sie in den Strudel der Schuldenwirtschaft von Staat und Reich hinabgerissen. Ihre beste Einnahmequelle, die Einkommensteuer, ist ihnen genommen worden; sie müssen sich mit einem bestimmten, aber unzureichenden Anteil aus dieser Steuer begnügen. Damit hat man den Städten nicht nur das Rückgrat gebrochen, sondern ihnen auch die Selbstverwaltung der Gemeinden heftig opponiert und ihr Ausmaß verengt. Wir Sozialdemokraten sind schon immer für weitest Selbstverwaltung der Gemeinden eingetreten. Es ist aber richtig, was der Referent zum ersten Tagungsordnungspunkt, Oberbürgermeister Dr. Lutzer-Gießen, sagte: „Selbstverwaltung ist nicht Selbstzweck, wenn eine bessere Form gefunden wird, dann muß sie dieser Platz machen. Die Selbstverwaltung soll Dineren des Volksganzen sein.“

In seinem Referat über die gegenwärtige Lage der deutschen Städte vertrat er Dr. Lutzer in geradezu glänzender Weise, ein Bild von heute und Richtlinien für die weitere Arbeit in den Gemeinden zu geben. Lutzer ist zweifellos einer der besten kommunalpolitischen Köpfe, die wir in Deutschland haben. Er schöpft aus einem Vorn reichen Wissens und Könnens und seine Darlegungen waren erfüllt von großen Gedanken und Ideen. Man kann sehr viel, was er sagte, auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus aufsummen.

Die Frage der Selbstverwaltung der Gemeinden bildete den Hauptpunkt der Lutzerischen Ausführungen: er begann und schloß damit. Als Voraussetzung für jede Selbstverwaltung bedingte der Redner, daß den Gemeinden die Einnahmequellen zugewandt werden, die sie zur Durchführung ihrer Arbeiten brauchen. Lutzer wies nach, daß die organisatorischen Grundlagen der Selbstverwaltung sich zum Nachteil der Städte verhalten haben: Reich und Staat diktieren, ohne die Gemeinden zuvor zu hören; deren Verwaltung aber notwendig ist. Das mag einen Kern von Verwirrung geben. Wir können aber Lutzer nicht bestimmen, wenn er jede zentrale Einwirkung auf die Gemeinden hinsichtlich der Schaffung von Ämtern und Durchführung von sozialen Aufgaben verweigert. Reich und Staat müssen schon das Recht haben, hier wesentliche Vorbehalte im Interesse höchster Einheitlichkeit zu erlassen.

Merkenstwert ist die Stellungnahme des Referenten zur geplanten Provinzialautonomie in Preußen. Er befragt, nicht mit Unrecht, daß sich bei ihrer Durchführung zwischen Gemeinde und Staat noch ein drittes Selbstverwaltungsgebilde bildet, das nicht zum Vorteil der Gemeinden ist. Noch klarer lehnte der zweite Referent, Oberbürgermeister Dr. Bohmeyer-Königsberg ab, den Provinzen gesetzgeberische Rechte zu geben. Er sagte treffend, das würde keine Stärkung der Selbstverwaltungsrechte der Provinzen bedeuten, sondern die Schaffung neuer Staatsegebilde. Darin liegt zweifellos eine Gefahr, die zu verurteilen ist.

Für die Tätigkeit in den Gemeinden stellte Lutzer drei Gebote auf: 1. Sparsamkeit, 2. Sachlichkeit, 3. finanzielle Ehrlichkeit und finanzieller Mut. Man kann diesen Forderungen in dieser Allgemeinheit zustimmen. Wir müssen aber hier unterstreichen, was ein Berliner Redner in der Diskussion hinterlassen hat: die sozialen Aufgaben der Gemeinden dürfen nicht bestritten werden. Besonders auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und Wohlfahrtspflege kann und darf es keine Einschränkungen geben.

Die Forderung Lutzers, daß die Gemeinden an der Einkommensteuer in irgend einer Weise wieder beteiligt werden, ist berechtigt. Es muß den Gemeinden wieder die Möglichkeit gegeben werden auf dem Wege der direkten Steuererhebung den größten Teil der unbedingt notwendigen Einnahmen aufzubringen. Das kann nur dann geschehen, wenn man den Gemeinden das Recht gibt, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben. Die Notwendigkeit hierfür hat sich nicht anheimend auch der Reichsregierung eingeschlagen. Genosse Scheidemann konnte in der Diskussion auf Grund von Nachrichten aus der Reichsregierung mitteilen, es könne damit gerechnet werden, daß die Gemeinden wieder an der Einkommensteuer beteiligt werden.

Bei den Ausführungen des zweiten Referenten, Oberbürgermeister Bohmeyer, war interessant zu hören, daß er für die Unterföhrung der sozialen Baubetriebe, der Bauunterbewegung, eintrat. Einer kritischen Betrachtung bedarf jedoch seine Behauptung, daß die Errichtung von Betriebsratstellen für die Leitung häuslicher Betriebe. Das bedeutet, sagte er, keine Einkommenssteuer. Wir sind auch der Ansicht, daß häusliche Betriebsratstellen nicht unbedingt und noch kaufmännischen Gesichtspunkten geordnet werden sollen. Der Verwaltung sollen auch weitgehende Rechte eingeräumt werden. Um dies aber durchzuführen, braucht man die städtischen Werke nicht aus dem Rahmen der Selbstverwaltung herauszunehmen. Das erkannte auch Oberbürgermeister Luppe von Nürnberg an, der sich als Gegner einer Einkommenssteuer in jeder Form erklärte. Er sagte, nicht die Form ist hier entscheidend, sondern der Geist, in dem die Werke betrieben

werden. Der Ansicht sind auch wir. Auf jeden Fall darf das Kontrollrecht der Stadtorbnetenvereinnung auch bei den wirtschaftlichen Betrieben der Stadt nicht geschnitten werden.

So gaben die beiden Referate eine Fülle von Anregungen, und viel Stoff für die Diskussion. Eingeleitet wurde diese von einem kommunalpolitischen Redner, der für Sowjet-Rußland eintrat und erklärte, daß die Kommunisten bereit seien, alle Gesetze zu brechen. Die kommunalpolitischen Redner lagen fast überall das gleiche Sprüchlein, es braucht sie darum nicht Wunder nehmen, wenn sie nicht mehr ernst genommen werden. Auf dem Städtetag erregte der kommunistische Stadtorbnete Dars aus Berlin nur Gesäch und Irrung so lebhaftig zur Aufseinerung der bürgerlichen Teilnehmer bei.

Von den weiteren Diskussionen wurde man durch treffendes Wort gefügt. Unter Genosse Weims, Oberbürgermeister von Magdeburg, fand viel Zustimmung, als er die finanziellen Nöte der Städte schilderte, die in die Welt hinaus geschrien werden müßten. Scheidemann erblidte in der Steigerung der Produktion die einzige Möglichkeit, die uns retten könne. Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme einer Entschließung, die die bringende Notwendigkeit weitgehender Einschränkung aller Ausgaben der Gemeindeverwaltungen anerkennt. Die Gemeinden werden vor verhängnisvoller Aushemlichkeit gewarnt. Von Reich und Staat wird verlangt, daß sie den Gemeinden die Einnahmequellen belassen oder zuweisen, deren sie zur Erfüllung unabwiesbarer Kulturansgaben bedürfen.

Am zweiten Verhandlungstag wurde sehr viel Zeit mit Beratung der Satzungen des Städtetags verwendet. Die Unabhängigen hatten hierzu zahlreiche Änderungsanträge gestellt, die sie in vielen und langen Reden begründeten. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß mit den Unabhängigen Seeger (Leipzig) und unterm Genossen Seims, wobei Seeger den kürzeren zog. Auch die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die als Delegierte auf dem Städtetag waren — ungefähr 114 — hatten in einer Vorberatung zu den Satzungen Stellung genommen und dabei verschiedene Wünsche geäußert. Sie wurden aber im Interesse einer eingehenden Beratung der Hauptpunkte der Tagung zurückgestellt.

Durch die ausgebreiteten Auseinandersetzungen bei Beratung der Satzungen kam der wichtige Verhandlungsgegenstand: „Das Gemeindeverfassungsgesetz“ etwas in den Hintergrund. Die Beratung begann erst am Nachmittag des letzten Verhandlungstages. Sie wurde eingeleitet durch drei Referate. Das war ziemlich überflüssig und nahm nur Zeit von der Beipruchung weg. Die Sitzung des Städtetags hatte von vornherein nicht die Absicht, bestimmte Richtlinien für eine neue Gemeindeverfassung aufstellen zu lassen. Das sollte einer Studientommission vorbehalten bleiben, und der Städtetag lediglich die schwerer Frage besprechen und Anregungen geben. Ob dieses Verfahren richtig ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Wenn man der Teilnehmer des Städtetags entsprechendes Material vorher überreicht und genügend Zeit zur Beratung gehabt hätte, hätte man sehr wohl auch zu einem bestimmten Vorschlag kommen können. An der nötigen Vorbereitung durch den Vorstand hat es bei diesem Städtetag, nicht nur bei diesem Punkte, gefehlt. Auch bei der Auswahl der drei Referenten hätte der Vorstand seine glückliche Hand. Er hätte dabei die fortgeschrittenere Richtung berücksichtigen müssen. So wandten sich zwei der Referenten gegen „die Vollstreckung der Gemeindebehörden und forderten, daß an die Spitze der Verwaltung ein „amplifizier“ Mann stehe. Diese Vorschläge wurden von sozialdemokratischen Rednern entsprechend zurückgewiesen. Zwei der Referenten traten im übrigen für die beifällige Bürgermeisterversaffung ein, während der dritte, ein Württemberger, sich für die Württembergische Gemeindeverfassung, die auch ein Einkommensteuern vorschlägt, erklärte.

Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um die Streitfrage, Magistrateverfassung oder Bürgermeisterversaffung? Wir Sozialdemokraten verlangen zwar in unserm Gemeindeprogramm das Einkommensteuern. Die Meinungen über die Materie sind aber auch bei uns durchaus nicht einig. Es wird Aufgabe der vom letzten Parteitag eingesetzten Programmkommission sein, hier bestimmte Vorschläge zu machen. Nach unserer Ansicht, die auch von unterm Genossen auf dem Städtetag zum Ausdruck gebracht worden ist, kann sich die Partei weder für die Magistratsverfassung noch etwa für die rheinische Städteverfassung erklären. Die Magistratsverfassung bedeutet eine Art Zweikammerregiment, die rheinische Städteordnung sieht wohl das Einkommensteuern vor, gibt aber dem Oberbürgermeister autoritative Rechte. Beide Systeme sind unheimlich. Die Magistratsverfassung hat zumeist eine Erziehung der Arbeiter im Gefolge. Wir brauchen aber eine Vereinfachung der gesamten Gemeindeverwaltung. Die Rechte der vom Volk gewählten Vertreter müssen gestärkt werden. Es genügt ein Vertreter der Partei zur Leitung und Beratung der Gemeindeverwaltungen. In Bayern hat man ein beratendes Gemeindevertretergremium und die Oberbürgermeister von München und Nürnberg konnten berichten, daß sie damit gute Erfahrungen gemacht haben. Auch die Frage des Städtetagsrates des Staats wurde in der Aussprache behandelt. Mit den sozialdemokratischen Rednern lehnte auch der Württembergische Oberbürgermeister Luppe das Städtetagsratsrecht ab. In einer von unterm Genossen eingebrachten

Entschließung, die die Zustimmung des Städtetags fand, wurde verlangt, daß das Städtetagsratsrecht des Staates, so lange es noch besteht, nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgedehnt werden darf. Der Anlaß zur Einbringung dieser Entschließung ist der Erfolg des preussischen Einkommenssteuern Gesetzes gegenüber den Kommunisten. An diesem Erfolg wurde auch von Hebrern unterm Partei Kritik geübt. Wenn einer Städtetagsratsratsentscheidung der Kommunisten nicht zugestimmt worden ist, so deshalb, weil diese Frage durch die angenommene Entschließung der sozialdemokratischen Redner grundsätzlich behandelt worden war. Zur Gemeindeverfassungsgesetz selbst, beschloß der Städtetag, von der Landes- und Reichsregierung alle Selbstverwaltung der Gemeinden und Befreiung von überflüssigen Staatsausgaben zu fordern. Zur Prüfung des Gemeindeverfassungsgesetzes soll ein Studienauschuß vom Vorstand eingesetzt werden. Öffentlich arbeitet dieser rats und macht gute Arbeit.

Protest gegen die Novelle zum Angestelltenversicherungs-gesetz.

Die Sozialversicherungs-Kommission des Reichsbundes hat unter Einwirkung parlamentarischer Vertreter in ihrer Sitzung am Sonntag, den 26. Juni eingehend zur Novelle zum Angestelltenversicherungs-gesetz Stellung genommen. Sie ist einmütig zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Gesetzesentwurf jeglicher gewissenhafter Unterlagen entbehre und in unrichtiger Weise den Angestellten Anfechtung, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen.

Im Novemberjahr 1920 der Angestelltenversicherung hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgegeben, die veranschlagte Bilanz der R. V. A. habe einen Ueberschuß von 1,5 Milliarden Mark ergeben. Die Bilanz ist trotz wiederholten Vorwands bis heute nicht veröffentlicht worden. Die Zeitschrift des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Vereins, „Die Handelswocht“ schrieb am 3. November 1920 unter Hinweis auf den Versicherungsrechtlichen Ueberschuß von der Möglichkeit einer starken Erhöhung der Renten ohne größere Beitrags-erhöhungen. Die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ließ sich am 16. Februar 1921 ähnlich vernehmen. Trotzdem wird heute den Angestellten eine Berücksichtigung der Beiträge in den untersten Klassen und eine Veranschlagung der Beiträge in den obersten Klassen zugemutet. Diese ungeheure Beitrags-erhöhung begründet das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte am 13. Juni 1921 u. a. wie folgt:

... rücht ist vielmehr, daß die R. V. A. infolgedessen um des Ueberschusses nicht nachzugeben, annehmende Leistungen ausüben will, die der Ueberschuß des Geldes wenigstens einsetzen können angesetzt sind.“

Dazu ist nun zu sagen, daß die Angestelltenversicherung noch nicht einmal in ihre eigentlichen Rentenleistungen eingetreten ist und nach der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920 noch nicht 1,5 Millionen Mark an Renten gewährt hat bei einer Beitrags-einnahme von 419 Millionen Mark im Jahr. Dagegen zählt die Sozialversicherung an Renten und Beihilfen 1500 Millionen Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtigen Beiträge in der Angestelltenversicherung jetzt schon in der höchsten Klasse dreimal höher sind als die der Sozialversicherung, während sie noch der Vorlage in Zukunft erstmalig höher sein würde.

Wie reimt sich das alles zusammen mit dem so pompös angeklündeten versicherungsrechtlichen Bilanz-überschuß von 1,5 Milliarden, der nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Vereins die Möglichkeit zur Renten-erhöhung gibt? Warum hat das Reichsarbeitsministerium dem Reichstags darüber keine Unterlagen gegeben lassen? Es fehlt überhaupt keine einwandfreie rechtliche Unterlage.

Es geht daher auf keinen Fall an, den beteiligten Reichsvertretern von oben herab eine bisher noch gar nicht begründete schwere Belastung aufzubürden, ohne ihnen irgend- wie Zeit zur Stellungnahme zu geben. Der Reichsbund erwartet daher von allen Parteien, daß sie sich der beschleunigten Durchprüfung der Vorlage nach vor der Sommerpause widersetzen.

Das bayerische Gewaltregiment.

Die reaktionäre Regierung in Bayern wird immer frecher. Aus München kommt die Nachricht, daß Genosse Edward Ueier ein Flugblatt hatte herstellen lassen, das bestimmt war, mit einer ungewöhnlich hohen Auflage bis in die hintersten Winkel des Bayernlandes hineinzukommen und dem ganzen Volk den Beschluß der Knäuel- und Wobboldt der letzten Zeit deutlich vor Augen zu führen. Es trug den Titel: „Bayern, mach' dich selbst frei von den Händen der Feinde.“ Obwohl der Verfasser sich in dem Flugblatt lediglich um den Gedanken der Enttötung der politischen Atmosphäre hatte leisten sollen, drang getrieben abend die Bayern-Polizei in die Druckräume der „Münchener Post“, durchsuchte sämtliche Apparate und brachte die Maschinen zum Stehen, auf welchen das Flugblatt gedruckt wurde. Matrizen und Platten wurden zerstört.

Die Arbeiter und die Stadt wurde von der Polizei damit verbracht, die Sektionsleiter der Partei nach dem Flugblatt zu durchsuchen. Wir befinden uns also wieder in der Schicksalszeit des Ausnahme-gesetzes. Ob es aber Bayern gelangen wird, den Aufbruch der bayerischen Sozialisten, der unterdrückt bis in die entlegensten Schichten und Talen des bayerischen Sozialismus gedungen ist, ungeschehen zu machen, wird die nächste Zukunft lehren.

Saison - Ausverkauf! Vom 1. Juli ab.

In allen Abteilungen sehr günstige Angebote.

H. C. Weddy-Pönicke, Leipziger Str. 6.

Leinenhaus. — Wäsche-Ausstattungen.

